

## **Mehr Familienfreundlichkeit Lokales Bündnis steht bevor**

Von Christoph Rech

**Neu-Anspach.** Es ist einen Versuch wert: Die Kleeblattgemeinde soll familienfreundlich werden - darin besteht auch Einigkeit bei den Kommunalpolitikern jeder Couleur. Denn in einem interfraktionellen Antrag der FWG-UBN, CDU, Grüne, FDP und SPD soll in der Gemeindevertretersitzung am Montag, 3. Juli, beschlossen werden, dass sich die Gemeinde Neu-Anspach der bundesweiten Initiative «Lokale Bündnisse für Familien» vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJ) anschließt. Außerdem soll der Gemeindevorstand prüfen, ob das Bündnis auf das Usinger Land ausgedehnt werden kann.

Zentrales Schlüsselthema des Bündnisses: Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Bekanntlich haben rückläufige Geburtenzahlen in den vergangenen Jahren eine bundesweite familienpolitische Diskussion ins Leben gerufen. Zwar zählt Neu-Anspach zu den kinderreichen Kommunen im Hochtaunuskreis. Allerdings heißt es in dem Beschlussvorschlag: «Angesichts der aktuell vorliegenden Zahlen aus der Verwaltung geht auch der Rückgang der Geburten und Kinderzahlen nicht spurlos an Neu-Anspach vorbei. Die Zahlen der künftigen Jahre sind deutlich rückläufig.» Familienfreundlichkeit gehöre zu den so genannten weichen Faktoren, die für eine Gemeinde von großer Bedeutung sei: gute Infrastruktur, ausreichend und bezahlbare Wohngebiete, Schulen, Kinderbetreuung und kulturelle Angebote. Insofern solle die Gemeinde das Ziel vor Augen haben, «weiterhin für Familien attraktiv und für ein Unternehmen als Standortvorteil im Fokus zu sein». In der Vergangenheit sei Neu-Anspach schon mit Beispiel voran gegangen und habe die Kinderbetreuung verbessert: etwa die Erfüllung des Rechtsanspruchs für alle Dreijährigen, Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren, Hortplätze und Betreuung der Schulkinder an den Grundschulen.

Die Gründung eines lokalen Bündnisses soll nach Vorstellung der Gemeindevertreter bereits im dritten Quartal dieses Jahres stattfinden - eine Auftaktveranstaltung ist für September oder Oktober geplant. Dazu soll das Servicebüro des BMFSJ eingebunden werden, ein Koordinator von der Gemeindeverwaltung ist außerdem zu benennen. Geplant ist, dass sich unterschiedliche Akteure für die Familienfreundlichkeit auf kommunaler Ebene einsetzen - dies können Behörden, Verwaltung, freie Träger, Parteien, Verbände, Vereine, kirchliche Unternehmen, Kirche, Unternehmen, Bürgergruppen und Einzelpersonen sein. Mit diesem Engagement, das freiwillig ist, sollen beispielsweise Diskussionsforen und Ideenschmieden gegründet werden.

Laut Beschlussvorschlag habe ein Lokales Bündnis für Familie die Aufgabe, Angebote zu bündeln, neue zu entwickeln, Öffentlichkeit zu schaffen, sich um Austausch und Kooperation zu kümmern. Das Servicebüro des BMFSJ - das übrigens mit dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) kooperiert und auch von der Hertie-Stiftung, der Bertelsmann-Stiftung und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund unterstützt wird - schätzt die Kosten eines Lokalen Bündnisses wegen des überwiegend ehrenamtlichen Engagements als gering ein. Wer schon vorbereitend als Partner fürs Bündnis mitarbeiten möchte, sollte sich an Claudia Bröse unter Telefon (0 60 81) 96 12 13 wenden. Beispiele für gelungene Initiativen gibt's übrigens im Internet unter der Adresse <http://www.lokale-buendnisse-fuer-familien.de>.